

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der Illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Inhalt des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.00. Monatlich 35 Pf. Anzeigengebühren Nr. 419 a. 9. Nachtrag. Die Anzeigengebühren betragen für die vierzehntägige Beilage oder deren Raum 15 Pf., für Berlinanfragen, Arbeits- und Wohnungsangelegenheiten nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 36.

Sonntag, den 11. Februar 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Politische Mittheilungen.

Deutschland.

Das Dresdener Buchhaus-Urtheil. Im Lüblauer Bauarbeiterkrawallprozeß sollen, wie die „Sächs. Arb.-Ztg.“ hört, prozessuale Verstöße vorgekommen sein, die eine Kassirung des Aufsehens erregenden Urtheils durch das Reichsgericht erhoffen lassen. Wir wollen das Beste hoffen! — Die Namen der Geschworenen, die am vergangenen Freitag und die zwei vorhergehenden Tage über die abgeurteilten Bauarbeiter zu Gericht saßen, und den Wahrspruch fällten, der die Grundlage der Urtheile bildete, sind folgende:

- Karl Louis Braune, Rentner in Blasewitz.
- Otto Secher, priv. Apotheker in Dresden.
- Karl Richard Ulbricht, priv. Apotheker in Blasewitz.
- Kurt Wühlmann, königl. Oberförster in Loschwitz.
- Hermann Lindemann, Kaufmann in Sektowitz.
- Karl Hermann Beyer, Rentner in Rößchenbroda.
- Dakar Schanze, Regierungsrath a. D., Dr. jur. in Dresden.
- Richard Weber, Apotheker in Königstein.
- August Eilert Eduard Schulze, Rentner in Loschwitz.
- Moritz Trepte, Kaufmann in Arnsdorf.
- Hermann Schramm, königl. Oberförster in Hohenthal.
- Karl Kluge, Rittergutsbesitzer in Steinbach.

Wenn man in Zukunft von dem Aufsehen erregenden Urtheil spricht, so werden, gleich Banquos Geist, die Namen dieser Staatskretter dabei stehen!

Leider hat sich obig: Meldung, daß die Verurtheilten wegen formaler Verstöße Revision eingelegt hätten, nicht bestätigt. Wie wir schon erfahren, haben die neun Opfer des Buchhauskrawalls im Laufe der letzten Tage sämtlich in der Gerichtsschreiberei die Erklärung abgegeben, daß sie sich wegen der Aussichtslosigkeit der Revision dem Urtheil unterwerfen. Damit ist auch der allerletzte Akt des erschütternden Dramas vollzogen und die Pforten des Buchhauses stehen den Unglücklichen zum Empfang offen.

Der Ausschluß der Öffentlichkeit hat selbstverständlich überall Bedenken erregt, weil man diesen Beschluß des Gerichts nicht begreifen konnte. Die Kritik dieses Beschlusses ist nicht ohne Einfluß auf die sächsische Regierung geblieben. Bürgerliche Zeitungen melden jetzt:

„Im Lüblauer Landfriedensbruchprozeß ward der Ausschluß der Öffentlichkeit beschlossen, weil die Gerichtsbehörde eine Beeinflussung der Zeugen durch Einschüchterung befürchtete, es ihr aber im Hinblick auf das nach dem Voruntersuchungsresultat wahrscheinliche schwere Urtheil ganz besonders darauf ankommen mußte, ein getreues Bild der Verhältnisse zu Grunde liegenden Vorgänge zu erhalten. Uebrigens steht die Veröffentlichung der Urtheilsgründe nächster Tage bevor.“

Sehr treffend bemerkt dazu die „Zit. Ztg.“ dazu:

„Diese Begründung des Ausschlusses der Öffentlichkeit klingt fast wie ein Vorwand. Mit demselben Motiv könnte man jede Gerichtsverhandlung zu einer geheimen machen und so moderne Behörden errichten. Auch ist es bedenklich, wenn schon nach der Voruntersuchung ein schweres Urtheil der Behörde als „wahrscheinlich“ bezeichnet wird. Das beeinflusst die Stellung der Schuldigen und nicht minder die Geschworenen, wenn sie davon Kenntnis erhalten. Uebrigens darf man auf die Urtheilsgründe gespannt sein.“

In der neuen Rede des Kaisers zu den Märkern scheint nach Privatnachrichten der „Böln. Volksztg.“ aus Petersburg der theologische Hinweis auf das Verhältniß zwischen Krieg und Erbsünde dort etwas verschärft zu haben. In den leitenden Kreisen am Strande der Newa lege man äußerst viel Werth darauf, streng kirchlich und christlich zu erscheinen und zu handeln. Das gehe so weit, daß man den ganzen „verrotteten Westen“ als dem Heidenthum verfallen und das „heilige Rußland“ als den einzigen Hort des wahren Christenthums betrachte. Nach der „Böln. Volksztg.“ rege man sich in St. Petersburg etwas darüber auf, daß man in Berlin zu glauben scheine, die russische Staatsleitung verstehe entweder die rechten christlichen Grundsätze nicht oder handle nicht danach.

Ueber die Entschädigung der Angestellten der Postposten sagt der neue Postgesetzentwurf im einzelnen Folgendes: Die Bediensteten, die infolge des Eingehens oder der Beschränkung des Betriebes der Anstalten aus der Beschäftigung entlassen werden und mindestens drei Monate lang, vom Tage der Verkündung dieses Gesetzes rückwärts gerechnet, im Dienste der Anstalten gestanden, sowie ihren Erwerb ausschließlich oder überwiegend aus dieser Beschäftigung gezogen und vor dem Tage der Verkündung dieses Gesetzes das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, erhalten, wenn die Beschäftigung gedauert hat:

mehr als 6 Monate bis einschließlich 1 Jahr	1 Jahr
1 Jahr	2 Jahre
2 Jahre	3 Jahre
3 Jahre	4 Jahre
4 Jahre	5 Jahre
5 Jahre	6 Jahre
6 Jahre	7 Jahre

des innerhalb der letzten zwölf Monate bezogenen Gehalts oder Arbeitsverdienstes als einmalige Entschädigung. Besteht das Gehalt oder der Arbeitsverdienst ganz oder zum Theil aus Anteilen an der Geschäftseinnahme oder am Geschäftsgewinne, so werden diese Anteile mit dem Durchschnittslohn der vor der Verkündung dieses Gesetzes liegenden drei Beschäftigungsjahre angesetzt. Hat die Beschäftigung weniger als zwölf Monate gedauert, so wird der Berechnung der Entschädigung der Betrag zu Grunde gelegt, der nach dem durchschnittlich für den Tag bezogenen Gehalt oder Arbeitsverdienste sich im Laufe eines Jahres ergeben hätte. Die Postverwaltung ist ermächtigt, die Entschädigung jedem Bediensteten, statt in einer Summe, in monatlichen Theilbeträgen zu zahlen, die mindestens dem im letzten Monate seiner Beschäftigung bezogenen Einkommen entsprechen müssen. Von der Entschädigung sind die Bediensteten ausgeschlossen, die von der Postverwaltung in eine ihrem bisherigen Beschäftigungsverhältniß entsprechende Dienststelle übernommen werden oder die Ausnahme einer solchen Stelle ohne ausreichenden Grund ablehnen. Der Anspruch auf Entschädigung (auch seitens der aufgelösten Postinstitute) ist innerhalb einer Ausschlussfrist von 6 Monaten bei einer Postbehörde schriftlich anzumelden. Die Frist beginnt mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes. Die Feststellung der Entschädigung erfolgt für das Reichspostgebiet durch das Reichspostamt, für Bayern und Württemberg durch die obere Postverwaltungsbehörde dieser Staaten. Gegen den Bescheid der Postbehörde, durch den der Entschädigungsanspruch abgelehnt oder die Entschädigung festgestellt wird, findet die Berufung auf schiedsrichterliche Entscheidung statt. Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses binnen vier Wochen nach der Zustellung des Bescheides bei dem Schiedsgerichte zu erheben. Das Schiedsgericht wird aus drei Mitgliedern des Reichsgerichts gebildet. — Die Frist von sechs Monaten ist entschieden zu kurz; es muß eine den allgemein üblichen Verjährungsfristen entsprechende Frist bestimmt werden. Für die Uebernahme der Angestellten in den Reichsdienst muß auch noch bestimmt werden, daß für sie keine Schädigung im Einkommen eintritt.

Genosse Dr. Leo Arons soll unter allen Umständen geliebt werden. Die Mittheilung, daß das Kultusministerium es aufgegeben habe, Arons wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zu disziplinieren, und nun auf Umwegen gegen ihn vorzugehen, beachtliche, wird jetzt von der „Nordb. Allgem. Ztg.“ direkt als erfunden bezeichnet. Die einleitenden Schritte, welche das Disziplinarverfahren erfahren gescheitlich erfordert, sind, wie das offizielle Blatt schreibt, schon längst erfolgt. Die Frage, ob die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei mit der Stellung eines Universitätslehrers vereinbar sei, wird also im Wege des Disziplinarverfahrens demnächst entschieden werden. Wie die Entscheidung ausfallen wird, ist für uns nicht zweifelhaft. Sehr richtig aber bemerkt die freisinnige „Volksztg.“:

„Auch dieser gegen die Sozialdemokratie geplante Schlag wird das Anwachsen der Partei nicht anhalten. Im Gegentheil, er wird, weil er ein Zeichen des Schwächegefühls ist, lediglich der Sozialdemokratie zu Statten kommen. Gegenüber diesem Gesichtspunkt, der bisher noch bei allen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie praktisch am meisten ins Gewicht gefallen ist, hat die Frage, wie wohl das Disziplinarverfahren im vorliegenden Falle begründet werden wird, nur ein untergeordnetes Interesse.“

Die Militärvorlage in der Kommission. In der Budgetkommission des Reichstags begann Mittwoch die Berathung der Vorlage über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Ueber die Frage, ob eine Generaldebatte stattfinden soll, entzündet sich eine längere Debatte, an der sich die Abgeordneten Dr. Lieber, Grober, Richter, Baffermann und Bebel beteiligen. Richter und Bebel sprechen sich gegen die neuerdings beliebte Geheimhaltung der Debatte aus. Bebel erklärt, wenn wieder in ausgedehntem Maße Geheimhaltung beschlossen würde, werde er die Kommission verlassen und die Sache im Plenum zur Sprache bringen. Dr. Lieber und Graf Stolberg wünschen zunächst eine Generaldebatte und deren Geheimhaltung. Richter meint, wenn man Geheimhaltung wolle, müßten auch die begünstigten Plenarverhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Der Kriegsminister v. Goltz hält es für das Beste, von einer Generaldebatte abzusehen. In der Spezialdebatte werde dann sich leicht angeben lassen, was geheim zu behandeln sei. Die Kommission entscheidet sich schließlich dahin, von einer Generaldebatte abzusehen. Abg. Baffermann (N.) berichtet nunmehr über die Vorlage und die vorgeschlagenen Formationen der Feldartillerie. Die neue Organisation sei notwendig. Die geplante Vermehrung der Artillerie betrage 8883 Mann und 4393 Pferde. Eine gründliche Veränderung der Organisation der Feldartillerie sei seit langem angestrebt, namentlich nach ihrer Neubeschaffung sei sie aber unabweisbar geworden. — Die heutigen Regimentsverbände seien zu groß, ihre Leitung dadurch sicher erschwert. Die Vorlage schaffe hier Abhilfe. Die Vermehrung der Artillerie um 80 Batterien sei begründet wegen der Ueberlegenheit unserer etwaigen Gegner an Kopfszahl; Feldhaubitzen speziell seien nothwendig gegen gedeckte Feinde. Diese Haubitzen hätten sich bei praktischen Versuchen vollumfänglich bewährt. Zur Zeit besitzen wir 494 Kanonenbatterien, diese würden durch die Vorlage auf 505 erhöht, dazu kommen 60 Haubitzbatterien. Frankreich besitze 508 Batterien, Rußland 613. Der gesammte Mehraufwand für Artillerie infolge der Vorlage werde ungefähr 75 Millionen betragen. Die Nothwendigkeit der Vorlage in Bezug auf Artillerie sei erwiesen. Er bitte um deren Bewilligung. — Auf Antrag des Abg. Richter beschließt die Kommission, das vom Referenten gebotene Material drucken zu lassen. Ferner soll der Kommission eine Aufstellung der artilleristischen Stärke anderer Staaten zugänglich gemacht werden, wozu Kriegsminister v. Goltz sich bereit erklärt hat. Bis diese Materialien vorliegen, wird die Debatte über diesen Theil der Vorlage vertagt. — Es folgt nun das Referat des Abg. Baffermann über die neuen Kommandostrukturen. Auf Antrag Richters sollen auch die Angaben und Zusammenstellungen des Referenten über diesen Punkt gedruckt werden. — Die weitere Berathung soll am Freitag erfolgen.

Als „grundständige Gegnerin des allgemeinen Wahlrechts“ bekennt sich die amtliche „Leipziger Ztg.“, ein vom sächsischen Landtage subventionirtes Blatt, in einer Besprechung der jüngsten Reichstagsdebatten über Wahlbeeinflussungen. Das konservative Organ beklagt den „Mangel an Muth“, der in Bezug auf Abänderung des Wahlrechts „unter den staatsbehaltenden Parteien noch immer wahrzunehmen ist“, während sie „mit wahrscheinlich nur ganz wenigen Ausnahmen der Ueberzeugung“ beipflichten, „daß das Grundübel unserer staatlichen Zustände dieses gleiche und allgemeine Wahlrecht ist, daß es die größte Lüge unseres öffentlichen Lebens ist, bei allen Staatsbürgern eine Gleichheit der politischen Reife und Einsicht“ voranzusetzen. Warum habe unter den Parteien des Reichstags auch jüngst wieder keine den Muth gehabt, das offen herauszusagen? Die Mitglieder der Linken „mögen sagen, was sie wollen, die Beseitigung dieses vernunftwidrigen Wahlrechts wird doch kommen, und sie muß kommen aus innerer Nothwendigkeit. Des Staatsreiches, den man von jener Seite wünscht, wird es dazu garnicht bedürfen.“

Schon einmal — Mitte Mai 1895 — hatte die „Leipziger Zeitung“ die Forderung, die Beseitigung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts zu fordern. Die Dunkelmänner, die dem Volke sein theuerstes Gut, das Wahlrecht, nehmen wollen, mögen sich in Acht nehmen; sie könnten sich bei ihrem gefährlichen Spiel einmal bis die Finger verbrennen.

Ueber die „Leutenoth“ will der Bund der Landwirthe durch eine Kundfrage bei seinen Mitgliedern in nächster Zeit eine „Klärung“ herbeiführen. „Auf Grund der Ergebnisse dieser Kundfrage werden wir dann feste Stellung zu der nothwendig gewordenen Reform nehmen.“ — Viel wird aus dieser Kundfrage nicht herauskommen. Die von den unverthigten Korn- und Fleischwucherern aufgeheizten Landwirthe werden, wie schon zum Theil bisher, die völlige Rechtlosmachung der ländlichen Arbeiter, die Beschränkung oder gar Aufhebung der Freizügigkeit für diese Arbeiterklassen verlangen. Daß man mit solchen geradezu vorfindstüchlichen Ideen die „Leutenoth“ nicht beseitigen kann, leuchtet aber den agrarischen Deutepolitikern nicht ein.

Die Begeisterung für die Heeresvermehrung unter den Offizieren und jenen Ständen, welche die Offiziere liefern oder sich mit ihnen verschwägern (z. B. die Geldaristokratie), wird verständlich, wenn man die sehr materiellen Interessen in Betracht zieht, welche mitspielen — Avancement und demgemäß höhere Entlohnung. So steht nach einer Berechnung der „Schles. Bzg.“ ein Riesenschub im Avancement bei der Feldartillerie bevor, wenn die neue Militärvorlage zum Oktober ins Leben treten sollte. Es werden dann z. B. Obersten vom 22. März 1897 Brigaden erhalten, sämtliche Oberstleutenants und wohl auch einige Majors zu Regimentskommandeuren und etwa sechzig Hauptleute zu Majors und Abtheilungskommandeuren befördert werden. — Angenehme Ausichten — für die Offiziere und die Offiziers-Schwiegerväter!

Vorbefragungen der Refruten. Im Verfolg der Aeußerungen bei der ersten Berathung über die Militärvorlage hat der Kriegsminister der Budgetkommission eine Statistik vorgelegt über die Vorbefragungen der Refruten. Die Statistik erstreckt sich nicht auf die Freiwilligen. Sie spezifizirt in Bezug auf den Charakter der Befragungen nur in Betreff der Zahl der Handlungen, nicht auch in Betreff der Zahl der Personen. Aus der Statistik ergibt sich, daß im Reich 1897 die Zahl der vor der Einstellung in die Armee begangenen bestraften Handlungen sich auf 82097 beläuft. Hier von entfallen indeß 19862 auf polizeiliche Befragungen und 62235 auf gerichtliche Befragungen. Von diesen gerichtlichen Befragungen sind 13573 nicht näher qualifizirt, sondern unter der Rubrik „Sonstige Verbrechen und Vergehen“ aufgeführt, ferner sind 13331 als „Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung“ zusammengefaßt, und hat sich hier der Prozentsatz der bestraften Handlungen zur Zahl der Eingestellten seit 1882 bis 1897 erhöht von 3,25 auf 6,18 pCt. Die bestraften Handlungen haben sich erhöht bei Diebstahl, Unterschlagung und Fehleri im Verhältniß zur Zahl der Eingestellten von 1882 bis 1897 von 3,39 auf 5,93, bei Betrug und Untreue von 0,34 auf 0,81, bei Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit von 0,21 auf 0,38, bei Körperverletzungen von 2,55 auf 6,38, bei Beleidigungen von 0,34 auf 0,98, bei Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung von 3,25 auf 6,18, bei Sachbeschädigung von 0,48 auf 1,23, bei Widerstand gegen die Staatsgewalt von 0,39 auf 0,66, bei sonstigen Verbrechen und Vergehen von 4,58 auf 6,29 pCt. der Eingestellten.

Die Tschechen und der Dreibund. In der „Revue de Paris“ veröffentlicht der Führer der Jungtschechen, Kramarz, „Gedanken über die Zukunft Oesterreichs.“ Sein Vorschlag lautet: Vertiefung des Einvernehmens zwischen Wien und Petersburg, das „fester ist, als man glauben will. . . .“ „Seit der Entente (gutes Einvernehmen) von Petersburg hat Oesterreich nicht mehr nöthig, den obersten Venker seiner Geschichte in der Wiener Deutschen Botschaft zu sehen. . . . Der Dreibund gleicht einem alten, abgespielten Luzzus-Klavier. Man mag es noch nicht in die Kammerkammer stellen, aber man spielt nicht mehr darauf.“ — Herr Kramarz sagt damit nichts Neues. Daß die Tschechen als Slaven mit Petersburg liebäugeln, weiß jedermann, und daß der Dreibund ein Messer ohne Klinge, weiß auch alle Welt, mit Ausnahme derer, die es nicht wissen wollen.

Eine hübsche Illustration zur Friedenskonferenz bietet ein Vergleich der Kriegsschiffbauten, welche die europäischen Seemächte gegenwärtig in Arbeit haben. Danach sind die beiden Mächte, welche am meisten für die Abrüstung schwärmen, England und Rußland, an erster und dritter Stelle bei den Neubauten theilhaftig. Der „Voss. Bzg.“ wird folgende Uebersicht mitgetheilt:

Auf Stapel haben gegenwärtig:

Land	Schiffe	Zusammen	Tons
England	14	zusammen	157 070
Frankreich	8	"	59 786
Rußland	7	"	47 550
Deutschland	3	"	14 140
Italien	2	"	14 822
Oesterreich	2	"	4 700

England baut: 1. vier Schiffe der „Powerful“-Klasse von je 14 200 Tons, 2. acht Kreuzer des „Vaccante“-Typs von je 12 000 Tons und 3. zwei Kreuzer der „Pandora“-Klasse von je 2185 Tons.

Rußland hat auf Stapel: den Riesenkreuzer „Gromboi“ von 14 500 Tons, die Kreuzer A und B von 7800 und 6250 Tons, fern C und D von je 6500 Tons, sowie zwei Kreuzer vom Typ „Diana“ zu je 3000 Tons.

Die Welt kann thatsächlich auf die Vorschläge der englischen und russischen Friedensapostel bei der Konferenz gespannt sein, sie dürften in sehr „diplomatischem“ Tone gehalten sein.

Petroleum für den Betrieb von Motoren. Seit längerer Zeit wird die Befreiung des Petroleums, das zur Verwendung für den Betrieb von Motoren bestimmt ist, vom Eingangszoll vielfach erwoogen. Wie die Handels- und Gewerbekammer in Dresden in dem soeben erschienenen ersten Theile ihres Jahresberichtes für 1898 mittheilt, hat die sächsische Regierung einen darauf gerichteten Antrag dem Bundesrathe befürwortend überreicht. Das Ministerium des Innern zu Dresden fordert indeß von der Kammer noch ein Gutachten darüber, 1) ob vom Standpunkte der von der Kammer vertretenen Interessen der Frage der Zollbefreiung des für Motorenbetrieb bestimmten Petroleums eine erhebliche, etwa steigende Bedeutung beigemessen werde, und 2) bejahenden Falles, welche Kontrollmaßregeln vorzuschlagen seien, um die Verwendung des zollfrei abgelassenen Petroleums zu anderen als motori-

schen Zwecken zu verhindern. Die Handels- und Gewerbekammer bejaht die erste Frage. Auch hält die Kammer die bereits für die gewerbliche Verwendung von Benzin, Ligorin u. s. w. bestehenden Kontrollmaßregeln auch für Verwendung von Petroleum für ausreichend. Ob ein Mittel ausfindig gemacht werden könne, das zur De-naturierung des Petroleums geeignet sei, nur die Leucht-kraft, aber nicht die Heizkraft schwäche und nur mit erheblichen Kosten wieder aus dem Petroleum entfernt werden könne, ist der Handels- und Gewerbekammer zu Dresden zweifelhaft. Es wäre sehr wünschenswert, daß der vom Bundesrathe überwiesene Antrag Genehmigung fände und nicht etwa unüberwindlichen fiskalischen Bedenken begegne. Es wird jetzt allenthalben von der Nothwendigkeit und Geneigtheit gesprochen, das Mittel- und Kleingewerbe zu unterstützen, hier wird ein Weg gezeigt, der eine wirksame Unterstützung, die Herabsetzung der Erzeugungskosten und die Erleichterung der Beschaffung von Motoren, bringen würde. Auch für die Landwirthschaft würde die Genehmigung des Antrages nützlich sein, denn auch sie verwendet Petroleum Motore in steigender Zahl und könnte deren noch mehr verwenden, wenn ihr Betrieb billiger wäre.

Neue politische Nachrichten. Die Interpellation betreffs der Räder-Ausstellungen ist Mittwoch von Johansen im Reichstag eingebracht worden. Er hat unter die Unterfraktionen der sozialdemokratischen Fraktionen alle übrigen Fraktionen, an die sich Johansen gewandt hatte, verweigerten die Unterschrift „aus laiskischen Gründen.“ In der Debatte wollen sie aber unterliegen. Antworten: Kammerpräsident tritt es hervor, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche die bürgerlichen Freiheiten noch im Grabe verachtet. — Ueber die Entwidlung des Zeitungswesens in Deutschland giebt die Begründung zum Vorkriegsbericht ausführlichen Aufschluß. Nach der preussischen bzw. deutschen Reichs-Volkzählung betrug die Gesamtzahl der Zeitungen im Jahre 1828: 474, 1833: 2703, 1837: 5579, 1843: 8529, 1849: 10 496 und 1854: 12 104. Im Reichs-Vorkriegsgebiet ist die Zahl der Zeitungen seit dem Jahre 1871 von 2751 auf 5713 im Jahre 1897 gestiegen. In derselben Zeit hat sich die Zahl der vollständig vertriebenen Zeitungsnummern von 1 1/2 auf rund 3 1/2 Millionen und die Zahl der gelieferten Zeitungsnummern sogar von 202 1/2 auf 937 Millionen erhöht. Während hierauf im Jahre 1871 auf 1 Exemplar durchschnittlich 169 Nummern entfielen, betrug die Zahl im Jahre 1897 auf 260. — Auf der Konferenz von Vorkäuden der Versicherungsanstalten in Eisenach waren Bayern sowie die preussischen Provinzen Brandenburg und Posen nicht vertreten. — Zur Organisation der Handwerker meldet die „Nat.-Bzg.“: Zur Ausführung des Handwerkerorganisationsgesetzes werden in nächster Zeit der Entwurf einer Verordnung über die Handwerkerkammer und besondere Vorschriften hinsichtlich der Lehrlingsverhältnisse dem Bundesrathe zugehen. — In diese Verordnung einfließen die formelle Durchführung des ganzen Handwerkerorganisationsgesetzes. Es wird sich in der Praxis dann vornehmlich um die Wahl der zu den Handwerkerkammern, deren Bezirke schon in den meisten Bundesstaaten abgegrenzt sind, handeln. Es ist zu erwarten, daß die Wahlen noch im laufenden Jahre beendigt sein werden, so daß mit Schluß des Jahres 1899 die Handwerkerorganisation, wie sie in der Vorrede zur Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 geplant war, abgesehen von den später noch erforderlichen Umwandlungen freier in Zwangsmaßnahmen und der Rehabilitation von Innungen, fertiggestellt sein wird. Bei den Wahlen zu den Handwerkerkammern werden nur diejenigen Handwerker mitzureden in der Lage sein, welche irgendwo organisiert sind. — Grob- und Kleinhandel. Während in den letzten Jahren die Zahl der mittleren und kleineren Wägen Preussens von 57 000 auf 30 000 zurückgegangen ist, haben die großen Bromberger Seehandlungswägen einen Nettogewinn von fast 20 Prozent des Anlagekapitals ergeben. — Eine vom Kaiserlichen Ministerium einberufene, von 100 Meinungsinteressenten aus Meiningen besetzte Protestversammlung gegen die geplante Wägensteuer nahm gegen letztere eine ausführlich begründete Erklärung an. — In der Herstellung der Reichsbanknoten ist infolge der Grünthal-Fälschungen eine Reinerung eingetreten, durch die ähnliche Betrugsmaßregeln in Zukunft verhindert werden. Der große Druck der Wägen wird nach wie vor von der Reichsdruckerei ausgeführt. Das Endsignum — Aufdrücken der roten Nummern auf die fertigen Scheine — wird indeß nicht mehr in der Reichsdruckerei, sondern in einer besonderen, neu geschaffenen Abtheilung der Reichsbank vollzogen. Die beim Signieren etwa vorkommenden Fehldrucke werden der Reichsdruckerei zurückgegeben und gegen unsignierte Scheine ausgetauscht. Da die Nummern für den roten Nummerndruck sich in der Reichsbank befinden und letzterer nur eine bestimmte Anzahl unsignierter Scheine übergeben wird, so sind neue Grünthal-Fälschungen hinfert kaum denkbar, weil eben beiden Theilen immer ein Faktor fehlt, entweder die Nummern (Reichsdruckerei) oder „überflüssige“ Scheine (Reichsbank). — Der Anarchist Buchsieber dempvol ist vom Berliner Landgericht I am Dienstag wegen Verleumdung des preussischen Offizierkorps, die er in einer Anarchistenversammlung in Berlin begangen haben soll, zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Bei der Landwirtschaft trotz aller Schreien der Agrarier über ihre Nothlage immer noch etwas zu verdienen sein. Daß es nicht gar so sehr mit dem Profit in der Landwirtschaft bergab geht, beweisen die steigenden Preise der Älter. Vor 10 oder 12 Jahren kaufte der Besitzer Molm in den Ostschichten Baaschten und Achpurwen (Ostpreußen) gelegene Ländereien. Dieser Tage hat er 180 Morgen bei Baaschten gelegene Ländereien und ferner 52 Morgen bei Achpurwen verkauft. Er behält den Baaschtenring mit dazu gehörigen Ländereien. Für die verkauften beiden Stücke Land hat er doppelt so viel erhalten, als er seiner Zeit für alles zusammen bezahlte! — Erleichterungen der Geschiedlungen in Deutsch-Ostafrika sind wiederholt dadurch herbeigeführt worden, daß die staatsämlichen Befugnisse auf den meisten Stationen dem jeweiligen Stationschef lediglich für seine Person zugehen. Ist dieser nur beurlaubt, so können während der ganzen Zeit (ein halbes Jahr) keine staatsämlichen Geschäfte vorgenommen werden. Das Gouvernement beabsichtigt daher, nach dem „Hamburger Correspondent“, außer dem Stationschef noch einen oder zwei Stellvertreter für diese Funktionen zu vereinen, wenigstens aus entlegeneren Stationen. — Oberregierungsrat v. Bodum-Dollfs, der 1847 dem Vereinigten Landtag, später der Ersten Kammer und dann lange Jahre dem Abgeordnetenhaus und dem Reichstage angehört, ist im Alter von 97 Jahren in Böllinghausen bei Soest gestorben. Bodum-Dollfs war der Mentor des alten Liberalismus. — In der Disziplinäruntersuchung gegen Prof. Hans Delbrück ist die Anklagefrist jetzt dem Disziplinärhofe und dem Angeklagten zugegangen. Der Strafamt lautet auf Strafverurteilung in ein gleiches Amt ohne Ersetzung der Umzugskosten! — In der anarchistischen Polizeikommission in Alexandria läßt jetzt Minister von der Rede durch das Wolffsche Bureau eine Mittheilung der „Londoner Daily Mail“ verbreiten: Die italienischen Anarchisten, welche beschuldigt sind, in Alexandrien einen Anschlag gegen Kaiser Wilhelm geplant

zu haben, werden nach Italien gebracht und in Ancona vor Gericht gestellt werden. — Das Wiener Landesgericht hat die Weiterverbreitung der in Leipzig erschienenen „Drohbriefe“ verboten. Die Verurteilung der konfiszirten Exemplare angeordnet. — In Bulgarien verurtheilten am Sonnabend in Priesep einen sehr schen Agitator. Gebeigete Tücher löbten einen der Agitator. Außerdem fielen zwei Musikanten und mehrere wurden verwundet. In der Verhaftung wurden vorgenommen. — Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten lehnte die Forderung des Reichs-Lagars ab, daß die Vereinigten Staaten wegen der Tödtung ausländischer ungarischer Grubenarbeiter in Bagleton (Pennsylvania) durch Beamte des Staats riffs am 10. September 1897 eine Entschädigung leisten sollten. — Das Polische wird ein Judäneramtsstand gemeldet. Der „Nat. Bzg.“ erzählt über Lima, die Truppen des Präsidenten seien nach Orno geflohen und die Indianer seien im Aufbruch überall mordend und plündernd.

Belgien

Der Zustand im Kongostaat hat seine Ursache in der gegen die Eingeborenen ausgeübten Brutalität. Der Hauptmann Long erklärte einem Berichterstatter gegenüber, er habe die Leute während der Unterhandlungen nach den Gründen ihres Aufstandes befragt. Sie gaben zur Antwort: Mißhandlung der eingeborenen Soldaten, übertriebener Dienst, häufiger Raub ein geborener Frauen. Wie erinnertlich, hat die Empörung in Lubumbashi nach der auch in Oriskal ungeschliffen angelegten Hinrichtung des Hauptlings Songo Lutete begonnen. Sie fand neuen Stoff zu den sogar von den Verteidigern des Kongostaates eingestandenen Anschuldigungen, die sich die Weißen bei der Einfammlung von Kaufschaf den Eingeborenen gegenüber zu Schulden kommen lassen. Schatz getadelt wird die Kongoverwaltung, weil sie mittelbar zu dieser Grenzangst Anlass gebe, indem sie als Aktionäre einer Gesellschaft, der ein Recht zur Monopolabschließung bewilligt worden ist, gestalte, daß den weißen Führern eine der Menge des arbeiteten Kaufschaf entsprechende Geldprämie bezahlt wird.

Frankreich

Zur Drehsch-Revision. Der Bericht Renaud-Monieres über den Geleientwurf bezüglich Abänderung des Revisionverfahrens, der mit dem Antrag auf Ablehnung des Geleientwurfs der Regierung schließt, besagt: Der Geleientwurf sei ein Gelegenheitsgesetz, dessen Vortheile zweifelhaft scheinen. Es sei unklar, ob die öffentliche Meinung zuträglich gestellt sei, wenn die vereinigten Kammern des Kassationshofes die Untersuchung bezüglich der Revision des Drehschprozesses neu beginnen. Die Entscheidung über die Angelegenheit würde dann länger auf sich warten lassen, man würde sich vor ihr noch weniger beugen als vor der Entscheidung der Kriminalkammer. Würde mit der Untersuchung nicht von Neuem begonnen, so würde man sagen, daß der Entscheidung deren Grundlagen von vornherein aufsehbar gewesen sei, nicht die geringste Bedeutung beizumessen werden könne. Der Geleientwurf sei andererseits unstrittig mit Nachtheilen verbunden, weil dadurch der Grundlag der Trennung der Gewalten verletzt werde und die gerichtliche Organisation erschüttert werde, der das wesentliche Element des politischen und sozialen Organismus bilde. Die wichtigsten Akten der Untersuchung Magenis wurden gestern bereit von den Morgenblättern veröffentlicht. Die Akten enthalten den nach zunächst die von Mesnager de Beaurepaire erhobenen Anschuldigungen, sodann die Anklage des Hauptmanns Guignel, die von Lebrun-Menanit und des Generals Roget, die sich über die feindselige Haltung der Kriminalkammer beklagen. General Chaumon und der Unterstaatssekretär Peyrolle erkennen dagegen die völlige Korrektheit der Kriminalkammer an. Ihnen gegenüber führt Cavignac die Gründe an, die an die Voreingekommenheit der Kriminalkammer glauben machen. Der Kassationsgerichtsrat Sevère erklärt die Klagen der Militärs wegen für begründet, andere Mitglieder der Kriminalkammer, darunter der der Revision feindliche gegenüberstehende Salantin befähigen die völlige Korrektheit und die Unparteilichkeit Loews, Barbs, Althaus und Anderer. Die Akten schließen mit den Briefen Loews und Barbs, worin sehr energisch die Anschuldigungen Beaurepaire's und gewisser Blätter zurückgewiesen werden. Wie weiter aus den Akten hervorgeht, gehört zu den Gewährsmännern Beaurepaire's vor allen Dingen der erste Gerichtsschreiber Menard, der sich die Angelegenheit zu haben scheint, selbst die Mitglieder der Kriminalkammer anzuspionieren, oder sie durch Saabtiener ausspionieren zu lassen. Ein besonderes Kapitel ist dem unterbrochenen und behinhaltenen Zeugnisauslagen gewidmet. Cavignac sagt, er habe den Eindruck gehabt, als leite der Berichterstatter Barb die Verhandlungen, und diese sei ihm verdächtig gewesen, da er bekanntlich in seinem Bericht zu Gunsten Drehsch's Stellung genommen hätte.

1509 Seiten Drehsch-Revision soll das Untersuchungsaktenstück der Kriminalkammer im Druck bestehen. So werden die nationalpolitischen Blätter und mehren, daß also wohl vor April eine Entscheidung nicht fallen könne. D. h. so drückt sich die Hoffnung einer Gruppe aus, welche in dieser Verjährung die Gelegenheit zu neuen Durchbrechungsmaßnahmen erblickt, eine andere für die die Kriminalkammer werde den Parlamentarischen Verhandlungen über das Revisionsgesetz zuvorkommen und sofort in der Angelegenheit Drehsch ein endgültiges Urtheil fällen. Dem „Echo de Paris“ zufolge wird der Präsident Magenis nach vollständigen Abschluß der Enquete die Akten verlangen und sie bis nach Erledigung der Verhandlung des Revisionsgesetzes behalten. Es veranlaßt, der Kassationshof an Kassationshofe, Menard, welcher Mesnager de Beaurepaire über die Vorgänge in der Kriminalkammer informirt, werde gemäßigter werden. Eigentlich etwas ganz Selbstverständliches. Der Mann hat das gethan, was Beaurepaire den von ihm verleumdeten Nächsten unbedingter Weise vorwarf und wofür er sie bestraft haben wollte. Uebrigens wächst die Wahrscheinlichkeit, daß das Ministerium Dupuy die nächste Kammerung nicht überleben werde.

Philippinen

Ueber die Vorgänge auf den Philippinen meldete am 8. d. M. der spanische General Nios an die Regierung in Madrid: Die Amerikaner wiesen die Tagalen nach zwanzigstündigem Feuer zurück und halten jetzt ungefähr die frühere spanische Außenlinie besetzt. Sie zerstörten mit Artillerie und dem Geschwader mehrere Orte und behandelten die Einwohner äußerst streng. Hier (in Manila) sind viele Einkerkelungen vorgenommen worden. Alle Straßen Manilas sind von Truppen besetzt, um den Verkehr der Philippiner zu verhindern. Durch die Feindseligkeiten sind die Verbindungen mit dem Rest des Archipels unterbrochen. Ich bin wegen der Folgen für die Gefangenen besorgt, suche aber auf den Umständen möglichen Nutzen zu ziehen. — Einer nach Washington gerichteten Depesche des Generals Oti zufolge erludete Aguinabo um eine Unterredung mit

den Befehlshabern der amerikanischen Truppen. — Der Washingtoner Kabinettsrath beschloß, in der Kampagne auf den Philippinen die größte Energie zu entwickeln. — Die Janters, welche Wehler's Schreckensregiment auf Ruba zum Vorwand eines Eroberungskrieges nahmen, wollen demgemäß auf den Philippinen in gleicher Weise vorgehen. Die vielen Einklerungen, von denen der spanische General Rios spricht, sind wohl als die Einleitung zu der Kampagne, für welche größte Energie beschloffen ist, zu betrachten. Hoffentlich werden die Philippinos sich mit Erfolg ihrer Haut wehren.

Sollen wir mit einer Fahrradsteuer beglückt werden?

A. K. Die Zahl der indirekten Steuern steigt un-
sehends. Bereits vor längerer Zeit tauchte das Projekt
auf, das moderne Verkehrsmittel, das Fahrrad, mit
einer Abgabe zu belasten. Obwohl Zustimmung hat der
Gedanke nicht gefunden. Man will sogenannte Rad-
fahrwege herstellen zur Bequemlichkeit der Radler. Das
mag ja ganz weit und wünschenswerth sein, besonders
für die Damen und Dämchen, die an schönen Sommer-
nachmittagen nach Brackelsdorf trampeln, um sich im
grünen Walde von ihren zahlreichen Sorgen und Nöthen
zu erholen, aber zur Begründung einer lästigen, tief in
das Erwerbsleben einschneidenden Steuer reicht es denn
doch nicht. Wenn man aber vielleicht im Stillen erwartet
hat, unsere gesegneten Körperschaften würden eine der-
artige Zustimmung rüchweg ablehnen, so hat man ihnen
eben in unverzeihlicher Gutgläubigkeit zuviel zugetraut.
Der Bürgerausschuß hat jedoch eine Prüfung
der Sache vorgenommen, an der es eigentlich gar nichts zu
prüfen gab, die vielmehr sofort bejahend oder verneinend
abgethan werden konnte, er hat eine Kommission erwählt,
und diese Kommission hat dann den vom Senate vorge-
legten Gesetzentwurf hergenommen, ihn sorgfältig beschaun,
hier gestimmt, dort gestickt, und den also gemodelten Ge-
setzsauger ihrem Austraggeber wieder vorgelegt. Nun hat
man im Bürgerausschuß anscheinend wenig Neigung, sich
mit dem Dinge abzugeben. Am Mittwoch ist es zu einer
Berathung und Beschlußfassung nicht gekommen. Doch
einst wird der Wien ja müssen, und wir glauben nicht
zuviel zu sagen, wenn wir unsere Ansicht dahin äußern,
daß der Kommissionsentwurf wohl in allen Instanzen im
Großen und Ganzen angenommen werden wird. Wir
können uns denselben deshalb schon heute einmal näher
betrachten, zumal vorgelesen ist, ihn schon zum 1. April
d. J. in Kraft treten zu lassen. Der Abgabensatz ist er-
niedrigt. Er soll nur 6 Mk. betragen. Das kann
uns, die wir grundsätzliche Gegner dieser Art Steuer-
erhebung sind, recht kalt lassen. Es wird wohl allen-
falls eine die minder bemittelten Volksschichten am empfindlich-
sten treffende Abgabe bleiben. Auch trotz der Vorarbeiten,
die gemacht werden. Da soll nämlich für Fahrräder,
die sich im Besitze oder in der Benutzung von gewerb-
lichen Arbeitern (Wesellen, Schülern, Lehrlingen
und Fabrikarbeitern) befinden, deren Jahresein-
kommen 1200 Mark nicht übersteigt, nur die halbe Steuer entrichtet werden, wenn die Fahrer
oder Fahrer nachweislich die Fahrräder ausschließlich oder
wesentlich zum Fahren von ihrer Wohnung nach entfernt
liegenden Arbeitsstätten benutzen. Das sieht nach Wohl-
wollen für Arbeiter aus, hat aber in Wirklichkeit nichts
damit gemein. Zunächst ist ziemlich unverständlich, weshalb
nur die unter 1200 Mk. jährlich verdienenden gewerb-
lichen Arbeiter jene Vergünstigung erhalten sollen.
Wir haben in Lübeck unter rund 20 000 Steuerzahlern
annähernd 12 500, welche nicht über 1200 Mk. jährlich
an Einkommen zu verzeichnen haben. Man sollte meinen,
daß diese von der Steuererhebung mindestens
alle über einen Stamm gehören werden müßten. Doch
in der Kommission scheint man anders gedacht zu haben.
Hat vielleicht nur die Erinnerung daran, daß einzelne
Fabrikbetriebe ihren Leuten Räder gegen Materialabzüge
geben, den Herren vorgeschwebt und sie die übrigen armen
Leuten vergessen lassen? Doch wir wollen eine dies-
bezügliche Korrektur des Entwurfes der Einsicht der Be-
rufenen überlassen. Hoffentlich verschließen sie sich auch
nicht der Erkenntniß, daß auch die Steuer von 3 Mark
eine ganz ungerechte Belastung vor allem der ar-
beitenden Bevölkerung darstellt. Die theuren Miethe-
n und nicht minder der zum Standa gewordenen Wohnungs-
mangel zwingen zahlreiche Arbeiter, anwärts ihr Heim
aufzuschlagen. Von Selmsdorf, Wadendorf,
Hansfelde, Kensefeld, Parin, ja noch weiter
her pilgern sie in aller Morgenfrühe zu ihren Arbeits-
plätzen in Lübeck. Da hat sich denn schon Mancher das
Geld am Munde abgepat, um sich ein Rad zu kaufen,
dessen Besitz für ihn gleichbedeutend ist mit einer erheb-
lichen Verlängerung seiner Nachtruhe. Er
zahlt vielleicht seine 8, 10, 12 Mk. Steuer jährlich. Die
Fahrradsteuer von 3 Mk. kommt bei ihm also einem
Steuerzuschlag von mindestens 25 pCt. gleich. Was
wollen demgegenüber die 6 Mk. Steuer Desjenigen be-
deuten, der aus Viehhaberei radelt, der vielleicht 600 Mk.
Steuer zahlt und den kleinen, prozentual sogar verschwin-
dend geringen Zuschlag zu entrichten hat? Es geht
mit der Fahrradsteuer eben wie mit allen indirekten
Steuern, sie belasten die schwachen Schultern schwer,
ohne die starken zu brücken.

Den Kopf schütteln muß man jedoch, und zwar ganz
energisch, wenn man weiter erfährt, welche Fahrräder
steuerfrei bleiben sollen. Da heißt es z. B. solche
von Kindern, wenn sie lediglich als Spielzeug (1)
zu betrachten sind. Wir meinen, wer seinen Sprößlingen

so theure Spielzeuge kaufen kann, der kann wohl zur
Noth auch die Steuer noch tragen, zum mindesten eher
als der Fabrikarbeiter, der froh ist, wenn er seinen Kin-
dern das nöthige Brod geben kann. Ferner sollen steuer-
frei bleiben die Fahrräder von in Travemünde
während der Monate Mai bis September als Kur-
gäste sich aufhaltenden, außerhalb des läubdichen
Staatsgebiets wohnhaften Personen. Was für Zweck
das haben soll, ist schwer zu errathen. Fürchtet man,
daß wegen der lumpigen 6 Mk. die Goldvögel Neu-
Travemünde meiden werden? Dann hätte man auch die
Finger von der Kurtagge lassen sollen. In Wirklich-
keit wird kein einziger Weltbadesucher sich an solchen
Kleinigkeiten stoßen. Was diese Menschen ärgert, das
sind höchstens die formellen amtlichen Scherereien. Und
selbst daran gewöhnt sich nachgerade im gut dressirten
deutschen Vaterlande auch der Verwöhnteste. Die zu
Gunsten Wohlhabender, Reicher geschaffene
Ausnahmebestimmung macht das Gesetz nur noch un-
günstiger.

Wir haben von Anfang an gegen die Steuer pro-
testirt und bleiben auch heute ihre Gegner. Ob es etwas
nützt, ist eine zweite Sache. Das Volk ist in der Be-
ziehung Kummer gewöhnt. Und wenn irgendwo, so wird
im Steuerwesen nach der alten Maxime gerechnet:

„Die Menge thut's!“

Und die scheint auch hier wieder zum Zahlen gerade
gut genug zu sein

Lübeck und Nachbargebiete.

19 Februar

Parteigenossen, welche am Sonntag, den 12. Februar,
an einer Cardinale Theilnahme genommen, werden ersucht,
am Sonntag Nachmittag um 11 Uhr sich auf dem
Ländchen einzufinden.

Die Tagesordnung der am Montag stattfindenden
Bürger-Versammlung ist reichhaltig.
I. Mittheilungen des Senats. II. Anträge
des Senats: 1) Umstellung der Waisenhauschule. 2)
Erlaß einer Verordnung, betreffend Wahl und Amt-
dauer der Richter des Waisenhauses. 3) Anstellung
eines dritten Senatssekretärs. 4) Herstellung einer An-
lage im äußeren Hafen und Schaffung von Lager-
plätzen auf dem Markterker Mieden. 5) Bewilligung von
Mitteln für die Erhaltung und die Wiederherstellung
Lübeckischer Pflanz- und Kunstgärten. 6) Abänderung,
betreffend die Erhebung einer Anlage in Travemünde.
7) Anweisung der Erbschaften für im Wiederauf-
nahmeverfahren freigesprochene Personen. 8) Erhöhung
des Autogaz der hiesigen Gemeindefabrik zur Straßen-
pflasterung in der Stadt und den Vorstädten. 9) An-
stellung eines fünften Kantonsrichters und eines höchsten Ge-
richtssekretärs bei dem Kantonsgericht. 10) Nachtrag zur
Bewilligung mit Bezug auf Travemünde u. v. d. a.

Vom Verfassungsjubiläum! Wir lesen im „Hamb.
Corr.“:

„Was bebrochen wird jetzt hier eine kleine Begebenheit, die
das Verfassungsjubiläum veranlaßt haben soll. Der Bürger-
rechtsverein, der sich in erster Linie zur Aufgabe gemacht hat,
seiner Mitglieder das Bürgerwerden zu erleichtern, verbindet
damit eine zweite, er will der Bürgerschaft neues Blut zuführen,
d. h. er betheiligte sich an den Bürgerrechtswahlen durch An-
stellung eigener Kandidaten und macht somit dem Vaterstädtischen
Verein Konkurrenz, der dieses Recht bisher für sich allein in
Anspruch nahm. Dieser Bürgerrechtsverein hatte anlässlich des
Verfassungsjubiläums einen Kammersaal veranstaltet. Im Ver-
laufe desselben erschienen auch einige Vorstandmitglieder des
Vaterstädtischen Vereins, nahmen das Wort, und — grölten
der Konkurrenz keineswegs — darob aber jetzt großer Groll
in den Reihen der Vaterstädtischen.“

Wir meinen, daß den Vorstandmitgliedern da Unrecht
geschieht. In der Stimmung haben schon ganz andere
Leute etwas begangen, was sie vielleicht selbst am anderen
Tage nicht billigten.

Eine öffentliche Ausschuss-Sitzung der Hansatischen
Vereinsungsausschuss findet am Dienstag, den
14. d. Mts., nachm. 1 1/2 Uhr, im Geschäftsgebäude hier-
selbst statt. Auf der Tagesordnung steht der in der
vorigen Sitzung mit Hinblick auf den Entwurf eines
Invalidenversicherungsgesetzes vertagte Antrag des Herrn
Sörensen, betr. Herabsetzung der Versicherungs-
beiträge. Der Ausschuss wird zu dem Entwurf Stellung
nehmen.

„Außerordentliche Ehrenangaben des Senats wäh-
rend des laufenden Jahres machen eine Nachbewilligung
von 6000 Mark erforderlich.“ Also kündigte der
Senat dem Bürgerausschuß an, und dieser bewilligte
selbstverständlich. Wir haben bei mancherlei festlichen
Anlässen gesehen, daß man nicht knausert, — wenn wir's
doch auch in Kulturfragen sehen!

Ein fünfter Amtsrichter mit einem Gehalte von
5000 Mk. und ein sechster Gerichtsschreiber mit
2400 Mk. sollen zum 1. April d. J., die Genehmigung
der Bürgerschaft vorausgesetzt, angestellt werden. Be-
gründet wird die Maßnahme mit der Ueberlastung
der vorhandenen Richter und der nach der Einführung
des Bürgerlichen Gesetzbuches erwachsenden Mehrarbeit.
Daß die Amtsgerichte überlastet sind, sieht Jeder, der
einmal im Gerichte zu thun hat. Freilich könnte manche
Arbeit erspart werden, wenn nicht heutzutage die Straf-
justiz Dinge zu Vergehen stempelte, die man früher un-
beanstandet ließ, weil sie zu den natürlichen Rechten der
Menschen gezählt wurden. Wir erinnern nur an die end-
losen Prozesse, welche sich an das Spazierengehen streifender
Arbeiter knüpfen und in denen soviel juristischer Fleiß
und Wiß zwecklos verpulvert wird.

Aus der „vornehmen“ Welt. Dem „Hamb. Corresp.“
wird von hier geschrieben: „Wir leben jetzt im Zeichen
des Faschings! Masken und Kostümbälle, Volks-, Strand-

und Chinesische Feste sind an der Tagesordnung. Die
Letzteren überwiegen in diesem Jahre die Ersteren. Ein
großartiges Fest, ein Kostümfest aus der Zeit von 1805
bis 1813, veranstaltet vom seligen Willkür-
klub, jetzigen Cercle, steht noch bevor. Daß es
einen ganz vornehmen Charakter annehmen
wird, dafür bürgt das hohe Entree von 15 Mark.
Jung-Lübeck wird sich hier in der Tracht seiner Groß-
väter und Großmütter zeigen. Wer sollte das nicht ein-
mal wagen? Ist doch keine Zeit besser dazu angethan,
die Pille zu verzuckern, die unser Gesehgeber bei dem
Jubel und Trubel uns zu kosten giebt: die Öffnung des
Weltbeutels. Freilich ist mit der Öffnung des Beutels
allein manchmal noch nichts erreicht. Aber das Sprüch-
wort: „Verfüge nie über Geld, ehe Du es hast“, kann
heute, wo wir im Zeichen der „Ansehen“ leben, nicht
gut mehr Anwendung finden.“ — 15 Mk. um nur Ein-
satz zu einem Feste zu erhalten. Und dabei haben Hun-
derte von Kindern in der reichen Stadt Lübeck keine
ausreichenden Schulräume, ihre Ausbildung
muß bei dem System der fliegenden Klassen vernachlässigt
werden, 15 Mk. Entree! Und dabei muß auch der ärmste
Steuerzahler vielleicht in Bälde ein mühsam erworbenes
Fahrrad noch mit einem horten Thaler versteuern,
dabei wird jedenfalls die Steuerkraft unserer Bevölkerung
in der nächsten Zeit noch erheblich stärker in Anspruch
genommen werden, als heute! Schreibt doch der Verfasser
obiger Zeilen weiter: „Lübeck braucht jetzt Geld und noch-
mals Geld. 2 1/2 Millionen sollen die Neupflaster-
ung einer Anzahl Straßen kosten, für Hafenaufbau
und einen 1700 000 Mk. groß. Die Kosten für den
Kanalhafen dürfen nicht minder hoch sein.
5 Millionen wird die so notwendige Vertiefung
der Trave von hier bis Travemünde kosten. Dazu
kommen noch mehrere Millionen für den Bah-
nhofs-Neubau und — wer Geistesfurcht fürchtet, sieht
sie — die Nachbewilligung für den Elbe-
Trave-Kanal. Der letztere ist aber, trügen nicht
alle Anzeichen, der Rettungsanker für Lübeck's Zukunft,
die die größten der oben angeführten Ausgaben bedingt
und hoffentlich auch hohe Renten für unseren Handel und
unsern Staatsfiskus abwirft. Vorläufig wird natür-
lich der Steuerzahler bluten müssen. Man
müht sich deshalb schon von einer neuen Steuer, nämlich
einer Geschäftsteuer, von der alle Geschäfte, große
und kleine, betroffen werden sollen. Vielleicht greift man
auch auf die schon einmal geplante Frontsteuer
zurück. Lange genug hat es gedauert, bis Lübeck die
Initiative zum Bau des Kanals ergriff. Hoffentlich ist
es nicht zu spät.“ — Netze Aussichten für die Steuer-
zahler! Und mit welcher gleichgültigen Gemüthlichkeit der
Korrespondent das Alles erzählt, als handle es sich um
ein Entree in Hahnenklopp! Als wäre der „selbige
Millionenkub“ gewillt, den ganzen Kummel zu bezahlen!
Und der wird sich doch höchstens dafür bedanken. Wie
man in jenen „Cercle“ über wichtige staatliche Angele-
heiten denkt, das beweist das Urtheil des mehrerwähnten
Korrespondenten über die Bahnhofsfrage. Wir empfehlen
es den erregten Reichthegenern zur Lektüre. Es heißt
da nämlich: „Ueber unsere Bahnhofs-Bauten herrscht jetzt
wieder ängstliches Schweigen. Sogar der Lan-
tam ist verstummt, den die Gegner des Reichtheg-
projektes angestimmt und in einer Anzahl von Versam-
lungen zum Ausdruck gebracht haben. Je mehr es
öffentliches Geheimniß wurde, daß am Meth-
teichbahnhof nicht mehr zu rütteln sei, um
so stiller wurde es und als Endprodukt setzte
man eine Petition in Circulation, die nun im Schooße
des Senates ruht. Sind sich Senat und
Bahndirektion einig, so wird alle Gegenag-
itation umsonst sein. Wünschenswerth wäre es aller-
dings, wenn die Sache mehr als bisher gefördert und die
Angelegenheit sobald als möglich aus der Welt geschafft
würde. Es heißt jetzt, daß demnächst eine D Zugsver-
bindung Berlin-Lübeck-Cutin-Kiel eingerichtet werden soll.
Lübeck wird diese Verbindung mit Freuden begrüßen.
Vielleicht sieht sich dann auch die Lübeck-Büchener ver-
anlaßt, die Strecke Lübeck-Travemünde als Vollbahn aus-
zubauen und läßt zum mindesten Schnellzüge zwischen
Hamburg und Travemünde verkehren, die Bahn würde
jedemfalls keinen Schaden davon haben.“ Da wird die
absolute Macht des Senates so deutlich proklamirt, daß
man sich in's Farenreich versetzt glaubt. Wenn man
freilich unsere Volksvertreter kennt, ja, dann wundert man
sich über solche Anschauungen nicht mehr. Es kommt,
wie es kommen soll, das haben wir stets gesagt. Daß
die Lübecker Bevölkerung auch rein garnichts „tau seggen“
hat, das ist kaum je so gemeinverständlich und grob zu-
gleich zum Ausdruck gebracht worden, wie in obigen Aus-
lassungen: „Steuerzahlen — Maulhalten“ in's Lübsche
überseht.

Eine staatliche höhere Mädchenschule wird geplant.
Man hat die Ernestinen-Schule dazu ausersehen.
Die Sache unterliegt zunächst der Prüfung durch eine
fünfgliedrige Kommission. Ob die Sache ebenso
langsam gehen wird, wie der Volks-
schulbau?

Des Arbeitswilligen Lohn. Der neulich vom Maurer-
meister Corbs polizeilich vom Bau gewiesene Parlier
Werner hatte seinen Meister beim Gewerbegericht ver-
klagt. Die gestrige Verhandlung verlief zu seinen Un-
gunsten. Während er 109 Mk. forderte und vergleichs-
weise angebotene 20 Mk. zurückwies, wurde er abgewiesen
und obendrein zur Rückzahlung eines erhaltenen Vor-
schusses von 32,10 Mk. verurtheilt. Er hatte die Arbeit
verweigert, weil er „als Parlier nicht mitzuarbeiten
brauche“, obwohl er dazu verpflichtet war. Bemerkens-

werth ist übrigens, daß der während des Bauarbeiter-
 streiks aus Berlin importirte Herr 70 Pfg. Stunden-
 lohn erhielt. Das ist mehr, als hier üblich ist, und
 wenn man bedenkt, daß W. nach Aussage seines Meisters
 ihm keine 20 Pfg. verdient hat, so stimmt wohl unsere
 Rechnung, wenn wir erklären, daß da der Meister besser
 gethan hätte, für das Geld 10-12 Bauarbeitern die
 geforderten 2 Pfg. Ausschlag zu bewilligen.

Dem Ingenieur Reymann ist für den von ihm hier-
 selbst eingerichteten Vorbereitungscurso für Seemanns-
 schiffs-Maschinen für das Jahr 1899 eine vierteljährlich
 zu zahlende Beihilfe von 1000 Mk. bewilligt worden.
 Das Betreten des Stadtparks ist, da er noch als
 öffentliche Baustelle angesehen wird, vor der Hand noch
 streng unterzagt.

Auf dem Pacht Hofe Nienack, dem durch einen Re-
 volutionsjournalistenstreik zu pöblicher europäischer Berühmt-
 heit gelangten, hat sich der Durchbau des Reichthums
 und der Neubau eines Arbeiterkathens vernothwendigt.
 Die Bauplatzation kam mit dem veranschlagten Helde
 nicht aus und erhielt deshalb 484.38 Mk. nachbewilligt.

Das Gewerbegericht verhandelte gestern drei un-
 bedeutende Sachen, die durch Vergleich erledigt wurden.
 In einer weiteren, das Lehrlingswesen betreffenden, soll
 ein Sachverständiger gehört werden, in einer anderen
 wurde wegen Erkrankung des Beklagten Vertagung be-
 schlossen.

Mit dem Bau der Quaischuppen unterhalb der
 Fischergrube wird nächste Woche begonnen werden. Die
 Größenverhältnisse sind 105 m und 9 m resp. 65 m und
 8 m. Sie erhalten Holzkonstruktion. Die Arbeit ist der
 Firma Blund u. Sohn übertragen, welche auch die
 Rathskirche erbaut, deren Grundsteinlegung am Sonn-
 tag erfolgen soll.

Vom Tode. Erschossen hat sich die Frau eines in
 Wessloe wohnenden Gärtners mutmaßlich in einem
 Anfälle von Schwermuth. — Ein Einbruch wurde bei
 einem Wirthe verübt. Der Dieb erbeutete etwa 5 Mk.
 in Kupfer und Nickel. — In Haft gerietten vier Bettler
 und drei Trunkene.

Arbeitererfiko. Auf der Maschinenbau-Aktiengesell-
 schaft waren heute Vormittag vier Arbeiter mit dem Tragen
 einer schweren Platte beschäftigt. Einer derselben stolperte
 über einen im Wege liegenden Winkel. Hierbei wurde
 einem Zweiten, einem Schlosser, eine Hand beratt ge-
 quetscht, daß ärztliche Behandlung erforderlich wurde.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt
 die Redaktion dem Publikum gegenüber
 durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen
 Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten
 inseriren, zu veranlassen und bei event.
 Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Dankagung.

Allen denen, die meiner lieben Frau die letzte
 Ehre erwiesen, sowie für die reichen Kranzspenden
 meinen innigsten Dank.

H. Stamer und Familie.

Zu sofort gutes Logis

für einen ordentl. j. Mann Warendorferstr. 81, 2. E.

Lehrling

zu Ostern event. auch früher oder später.
 Johs. Vittur, Lübeck, Holstenstr. 13,
 Messerschmiede, Büchsenmacherei,
 Schleif- und Polier-Werke mit Electro-
 motorenbetrieb.

Billig zu verkaufen ein Kinderwagen

Gartengrube 18/5.

Zu verkaufen

ca. 120 Buschbinden
 unter günstigen Bedingungen.
 Näheres im
 Restaurant Johannisstraße 50.

Vertauscht am Sonntag den 22. Januar auf
 der Neuen Lohmühle ein Herren-
 Regenschirm. Bitte umzutauschen
 Ludwigstraße 38.

Rohrstühle

werden gut und billig gestochen Emdenstr. 45.

Prima!

- Siefiges Schweinefleisch Pfd. 60 Pfg.
- „ Queenfleisch Pfd. 50 Pfg.
- „ Carbonade Pfd. 70 Pfg.
- „ fetten Speck Pfd. 70 Pfg.
- „ mageren Speck, Pfd. 70 Pfg.
- „ ger. Mettwurst Pfd. 70 Pfg.
- „ Flohenschmalz Pfd. 60 Pfg.
- „ Brateneschmalz Pfd. 30 Pfg.

empfehlen
W. Strohsfeldt
 Schweinefleischerei.

Seemannsleben. Unter dieser Stichmarke berichteten
 wir vor längerer Zeit über die Erlebnisse der Mannschaft
 der deutschen Bark „Olga“, auf der sieben Mann starben.
 Der aus Lübeck gebürtige Koch Hilbrandt über-
 nahm schließlich die Führung und es gelang ihm, das
 Schiff in sicheren Port zu bringen. Die am Mittwoch
 fortgesetzte Verhandlung des Hamburger Secarates ergab
 als Ursache der Todesfälle die schauerliche Beschaffenheit
 der Lebensmittel. Der Sachverständige Dr. Lauen-
 stein erklärte, es sei zweckmäßig, wenn man bei der
 Verproviantirung der Schiffe mit langen
 Reisen sich die Erfahrungen der Wissenschaft
 zu Nütze machen und mehr mit den alten Ge-
 wohnheiten breche. Der Spruch lautete dahin,
 daß die Geforderten der Verri-Verri erlegen seien, welche
 auf das schlechte Trinkwasser zurückzuführen sei. Die
 von dem Koch Heinrich Wilhelm Ludwig Hilbrandt
 bewiesene Energie verdiente volle Anerkennung.

Drei Einheitsfälle bei der Erhebung der Grund-
 und Gebäudesteuer beantragt der Senat für das
 nächste Verwaltungsjahr, um den Mehrforderungen, welche
 die Straßenpflasterung verurteilt, zu genügen.
 Der Bürgerausschuß hat den Antrag an eine sieben-
 gliedrige Kommission verwiesen, welche gleichzeitig das
 demnächst zu erwartende Staatsbudget für 1899/1900
 vorprüfen soll.

Holzverkauf. Am Mittwoch, den 15. Febr. d. J.,
 sollen im Israelsdorfer Forstrevier, Bezirk Wessloe, Forst-
 ort Westorf Tannen (Nahesbruch) 80-100 Haufen
 Birken und diverses Buchholz (Eckbusch), 30-40 Rm.
 Birken und Kiefern Knüppelholz öffentlich meistbietend
 verkauft werden. Versammlung der Käufer Vormittags
 9 1/2 Uhr am Forstort Hammer auf dem Brandenbammer
 Wege.

Travertine. Endlich! Am Mittwoch Morgen
 wurden der Gemeindevorsteher der Gemeinde Ost-
 ratelau, Husner Ehlers-Warnsdorf, und der
 Kassenführer, Lehrer Martens-Häben, die bereits ihres
 Amtes enthoben waren, durch zwei Polizeisten verhaftet
 und mittels Droschke in das Lübecker Untersuchungs-
 gefängniß überführt. Sie werden für das Defizit in der
 Gemeindefasse, das noch immer anwächst, verantwortlich
 gemacht. Am Donnerstag hat die Frau des Ehlers
 bereits den Konkurs angemeldet. Das Grundstück soll
 mit 75 000 Mk. beschwert sein.

Gutiu. Des Marktes wegen findet die

Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins
 am Sonntag, den 19. d. M., statt.
Rehne. Die „bessernde“ Strafe. Das
 Landgericht Schwerin verurtheilte den vierzehnjährigen
 Schüler Weber von hier wegen schweren Diebstahls
 im Rückfalle in vier Fällen zu 4 Monaten Gefängniß.
 Er ist bereits zweimal vorbestraft. Seine
 Passion ist, mittelst Einsteigens Kranichen zu stehlen.
 — Gehört ein solches Kind in's Gefängniß??
Hamburg. Am 2. Biehungstage der 3. Klasse der 116.
 Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nach-
 stehenden Hauptgewinnen gezogen:
 Nr. 13962 mit 60 000 Mk. Nr. 48219 98171 mit je 1000
 Mark. Nr. 16719 63223 106939 mit je 300 Mk. Nr. 2229 2735
 7046 13789 15821 36399 39095 52599 58863 66509 79059
 84187 87898 91826 104105 104885 108096 108670 114095 mit
 je 200 Mk. (Ohne Gewähr.)

Quittung.

Für die Dresden'er Opfer des Buchhaussturzes
 gaben ein:
 H. H. Mk. 3.
 Ros. Hansen. „ 1,85
 Von H. „ 2.
 Von W. „ 2.—
 Die Expedition.
 Weitere Beiträge nimmt entgegen die Expedition des „Lüb.
 Volksb.“, Johannisstraße 50.

Steuerbezugs-Nachmarkt.

Hamburg, 9. Februar
 Der Schweinebander verlief gut.
 Ingeführt wurden 1330 Stück. Preise: Herdenschweine, schwere
 50-62 Mk., leichte 61-63 Mk., Sauen 46-50 Mk. und Ferkel
 50-62 Mk. je 100 Pfd.

Sec-Berichte.

D. „Mülland“, Kapit. Kuppel, ist am 9. Februar in Riga an-
 gekommen.
 D. „Bar“ ist am 8. Februar von Oran nach London abge-
 dampft.
 D. „Yuba“, Kapit. Zomer, ist am 9. Februar in Rensburg an-
 gekommen.

Stadttheater. Als volkstümliche Vorstellung zu kleinen
 Preisen findet Sonnabend eine Aufführung von Schiller's „Mäu-
 ber“ statt. Die letzte Wiederholung des Carbon'schen Lustspiels
 „Madame Sans-Gene“ ist Sonntag Nachmittag 4 Uhr zu
 kleinen Preisen angelegt. Abends 7 1/2 Uhr geht zum ersten Male
 die Novität „Mamselle Tourbillon“, welche am Ham-
 burger Stadttheater einen so großartigen Erfolg gehabt hat, in
 Scene.

Fettwaaren-Special-Geschäft
 Breitestr. 60a C. Harz Sandstraße 27

- Geräucherte Carbonade Pfd. 60 Pfg.
- Geräucherte Vorderstücken Pfd. 50 Pfg.
- Geräucherte Schweinebacken Pfd. 50 Pfg.
- Ger. Schweinsköpfe, 2-4 Pfd., Pfd. 40 Pfg.
- Gefalzene Carbonade Pfd. 50 Pfg.
- Bitello-Margarine Pfd. 70 Pfg.,
 bester Ersatz für Meiereibutter.
- Frische Landeier, 8 Stück 60 Pfg.
- Frische Eier, 10 Stück 60, 9 Stück 60 Pfg.
- Prima Tilfiter Fettkäse.



Auf dem früher
Paul & Wensien'schen Holzlager-Platz
 Ecke der 1. Wallstrasse
 befindet sich
 von Sonntag den 12. Febr. u. folgende Tage
 das großartigste Schaugeschäft,
 welches je in Lübeck zu sehen war.
 Es ist Büchler's
wissenschaftlich-zoologische Ausstellung
 bestehend aus:
 einzig in ihrer Art in Deutschland
 existirend.

50 lebenden Naturerfaltenheiten, Eintrittspreis ist billig gestellt. Für Erwachsene 30 Pfg., Kinder und Militär 15 Pfg.
 Das Nähere durch Plakate und Flugblätter. Geöffnet von Morgens 9 bis Abends 10 Uhr.
 Sollte es nicht gefallen haben, zahle ich Jedem 3 Mk. zurück.

Bitello-Margarine

Pfund 70 Pfg.
 bester Ersatz für Naturbutter.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51.
 Zwiebelleberwurst, per Pfd. 80 Pfg.
 Leberwurst, per Pfd. 60 Pfg.
 Sülze, per Pfd. 60 Pfg.
 Flohenschmalz, per Pfd. 60 Pfg.
 ff. Margarine, per Pfd. 50, 2 Pfd. 90 Pfg.
 dito per Pfd. 60, 2 Pfd. 1,10 Mk.
 empfiehlt in reeller Waare
E. Möhl, Regidienstraße 8.
 fr. fr. dänisches Rindfleisch
 in der Markthalle
 Sonnabend Morgen u. Abend,
 Stand Nr. 34.
F. Block.

Empfehlungs-Karten

liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.
 Johannisstraße 50.

Bitte zu beachten!
 Empfehle mein Lager von
Salzgurken,
 Seringen, Anchovis etc.
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
 Fischergrube 61.

Grosse Auction!

Montag den 13. Februar, Nachm. 2 1/2 Uhr
 in der
14 Sandstraße 14
 über: Mobilien, Waaren aller Art, sowie 2 Sophas,
 Stühle, Vertikow, Tisch, eine Kanne, 10 Kilo
 schwer, japan. Möbelsad, eine Singer-Mäh-
 maschine, Bilder, Stoffreste zu Anzügen, West-
 uhren, Ketten, silberne Taschenuhren, Strid-
 waaren, Damenröde, Normalwäsche, Nippachen
 u. v. n. G. m.
J. C. B. Schmehl,
 Auktionator und Taxator

Bringe allen Freunden und Vätern meinen
Barbier-, Friseur- u. Haarschneidesalon
 in freundliche Erinnerung.
 NB. Sonntags wird mein Geschäft um 2 Uhr
 geschlossen. Hochachtungsvoll

H. Knaack, Fischergrube 90.



Ganz prima fettes
Füllenfleisch
 und
 sehr dicke Flohmen
 empfiehlt
Frau S. Becker u. Ernst Wulff,
 Dankwartstraße 34.

Spar-Club 1898.

General-Versammlung
 am 13. Februar, Abends 9 Uhr.
 Die Aufnahme neuer Mitglieder findet im Club-
 lokal, Dankwartstraße 13, statt.
 Der Vorstand.
 C. Effen.

Circus Variété

Nur noch wenige Vorstellungen.
 Mad. Weston's dreifache Sechunde.
 Lübeck in Stauffschou und sämtliche
 großartige Specialitäten.
 Der größte Erfolg der Saison.

Stadttheater in Lübeck.

Sonnabend den 11. Februar:
 Volkstümliche Vorstellung zu kleinen Preisen.
Die Räuber.
 Sonntag den 12. Februar. Nachm. 4 Uhr.
 Vorstellung zu kleinen Preisen.
Madame Sans-Gene.
 Abends 7 1/2 Uhr. Zum 1. Male.
Mamselle Tourbillon.
 Schwanke in 3 Akten von C. Kraag u. F. Stobiger.

Die deutsche Militärvorlage.*)

Wp. Man ist im Volke über die Tragweite und Absichten der neuen Militärvorlage noch viel zu wenig unterrichtet. Der Grund ist, daß die bürgerlichen Oppositionsparteien diesmal eine recht launige Agitation dagegen betreiben. Daß das Zentrum nur aus Rücksicht auf seinen „süddeutschen Besitzstand“ eine halbwegs böse Miene macht zum Spiel, zu dem es sonst bereitwillig Ja und Amen gesagt hätte, weiß man; es weint mit dem einen Auge, mit dem andern lächelt es der Regierung zu — das Ergebnis wird sein, daß es mit beiden Händen giecht! Aber auch die Freisinnigen klappen nur mehr und trommeln nicht, und selbst Herr Eugen Richter bewegt seine großmächtigen Rumpfen mit einer ungewohnten Langsamkeit und Bedächtigkeit. Man weiß's, dem Feind ist es seit den letzten Reichstagswahlen noch immer nicht gut zu Muthe, es breicht in jenen Kreisen eine resignirte Stimmung und die Mordlustigkeit hat bedeutend nachgelassen. Rutz, wenn nur die böse Sozialdemokratie nicht da wäre, so würden diese Wächter des Volkswohls die jüdische Militärvorlage ebenso mit verschlafenen Augen passiv lassen, wie schon die Artillerievorlagen. Ubrigens handelt es sich auch diesmal nicht nur um Soldaten!

Die Militärvorlage fordert eine Vermehrung der Friedenspräsenzstärke um 23 277 Mann, das macht jährlich 11 000 Rekruten mehr. Sie fordert 27 338 000 Mark ordentliche Jahres-Ausgaben mehr und sie fordert außerdem 132 778 000 Mark einmalige Ausgaben. Zu welchem Zweck diese letzteren?

In die Militärvorlage ist eine Artillerievorlage eingeschaltet!

Die jetzige Militärvorlage umfaßt nämlich nicht nur eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke, sondern eine Neuorganisation der Armee, wobei die Vermehrung der Artillerie und der Kavallerie eine Vermehrung der Kanonen und der Dienstpferde mit bedingt. Im Ganzen sollen 62 Batterien mit mittlerem Etat und 19 Batterien mit niedrigem Etat, also 81 Batterien (technisch 84, doch fallen andererseits 3 bayerische Batterien weg) neu formirt und 7202 Dienstpferde, wovon 4339 für die Artillerie, neu eingestellt werden. Der weitaus größte Theil der 130 Millionen geht in diesen Ausgaben auf.

Wie wird das begündet? Hören wir die Militärvorlage selber!

„Eine gründliche Aenderung der Organisation der Feldartillerie ist seit langem angestrebt und nunmehr nach ihrer Neubeuaffung unabweisbar geworden. Ihre Regimenter sind ganz verschieden zusammengesetzt und erfahrungsgemäß zu groß, als daß eine durchgreifende Einwirkung des Kommandeurs sich überall geltend machen könnte. Bei einer Mobilmachung müssen sie zerrissen und neue Truppenheile formirt werden; sie treten gleichzeitig in Kommandoverbände ein, mit denen sie im Frieden keinerlei Verbindung hatten. Sollen die hieraus sich ergebenden schweren Uebelstände beseitigt werden, so bedarf es einer strafferen, gleichmäßigen Or-

ganisation und ihrer Anpassung an diejenige der anderen Waffen. Im Zusammenhang damit steht die beantragte Vermehrung der Zahl unserer Batterien.“

Also erst stopft man immer mehr Rekruten in die Regimenter, so daß sie sich über alle Maßen anwachsen und „zu groß“ werden, dann reduziert man die Regimenter (hätte man sie doch nicht erst vermehrt!) und „formirt“ dabei so schlau, daß sich überall Lücken zeigen — nun braucht man wieder Stoppmaterial, d. h. die Friedenspräsenzstärke muß abermals vermehrt werden, und man stopft so lange, bis die Regimenter auf's Neue „zu groß“ werden, eine Neformation noch einmal „unabweisbar“ wird und so weiter, bis ins Unermessliche! Erst fñhet man neue Kanonen ein, und dann heißt es: weil wir die neuen Kanonen eingefñhet, so müssen wir auch mehr Kanonen haben — und dann kommen wieder neue Kanonen! Warum hat man nicht gleich bei den eigentlichen Artillerievorlagen erklärt, daß es sich nicht nur um eine Nebeuaffung, sondern auch um eine Verwehrrung der Artillerie handle? Aber schließlich, was hatten sich die Herren Volkswächter belächelt doch noch etwas überlegt, bevor sie stillschweigend die Forderungen bewilligten! So hat man das Volk hintergangen, und jetzt hintergeht man es wieder!

Man braucht gar keine Vermehrung der Artillerie! Schon hat die deutsche Armee vorläufig 120 Kanonen, so daß sie sogar bereits ein Hinderniß der Kriegsoperationen bilden können. Das ist nicht etwa die Spekulation eines Laien, sondern so ziemlich die herrschende Meinung in den deutschen Militärkreisen, ausgenommen freilich die Herren, die die Regierungsvorlage gemacht haben und die wohl in der Nähe des Militärkabinetts Seiner Majestät des Kaisers zu suchen sein werden.

Von einer militärischen Autorität ersten Ranges, dem General von Bronsart stammt der Ausspruch: „Man kann auch zuviel Artillerie haben.“ Eine andere Autorität auf dem Gebiete des Geschützweßens, General von Blume, schrieb schon vor Jahren den Satz nieder: „Die Vermehrung der Artillerie wirkt nicht durch Vermehrung der Geschütze, sondern durch Steigerung ihrer Wirkung erreicht werden.“ Seitdem nun die Schnellfeuergeschütze erfunden, machten sich die Befürworter um die Ueberlastung der Armee durch Artillerie — im Gegensatz zur Regierungsvorlage, die daraus die Nothwendigkeit ihrer Vermehrung ableitet — in der Militär-Literatur oft recht geltend. Das Geschütz mit seinen Pferden, seinen Munitionskästen — und die Schnellfeuerkanonen brauchen erst recht viel Munitionsvorrath — endlich seiner zahlreichen Bedienung braucht sehr viel Raum und andererseits hat das Geschütz einen sehr breiten Wirkungskreis — sammelt man nun viele Geschütze, so stehen sie schließlich sich selbst und anderen Waffengattungen im Wege. Wie ist aber die Artillerieausrüstung in Deutschland? Noch im Feldzug 1870/71 waren 84. Höchstens 90 Geschütze bei einem Armeekorps — jetzt sind es 120! Man weiß, wie vortheilhaft die deutsche Artillerie im französischen Feldzug geleistet hat, allein auch damals schon, obwohl die Artillerieausrüstung, wie angegeben, viel geringer war, war die Zahl der Geschütze fast zu groß. Major Kunz, ein ausgezeichneter

Kenner der Kriegsgeschichte, theilt Folgendes mit: „In der Schlacht bei Sedan gelangten in der Ostfront, nur das Garde-, IV., XII. und das I. bayrische Korps kämpften, 19 Batterien wegen Raummangel nicht zur Entwicklung und in der ganzen Artillerielinie war nur eine Lücke vorhanden, die noch für 4 Batterien Platz geboten hätte.“ Major Kunz schließt daraus: „Wären die Korps bereits damals so mit Artillerie ausgerüstet, wie jetzt, so würden 35 Batterien, d. h. etwa die Hälfte der ganzen Artillerie keinen Platz für die Entwicklung gefunden haben.“

Aber das ist noch nicht Alles. Der Nachweis wird geführt, daß man mit weniger Artillerie mehr Wirkung erzielen könne. Es handelt sich um die Reduktion der Ausrüstung der einzelnen Batterien von 6 auf 4 Geschütze. Im Einzelkampf bedenten allerdings 6 Geschütze mehr als 4, aber von Einzelfeuer könne bei den modernen Artillerieentwerrungen nicht mehr die Rede sein, weil man dann die Feuerleitung vollkommen aus der Hand verlieren würde. Die Regel des modernen Artilleriekampfes sei das Flügelfeuerr und bei diesem diesem könne auch eine Batterie von 6 Geschützen nicht schneller feuern als eine solche von 4. — Dagegen bietet die kleinere Batterie folgende Vorteile: Verkürzung der Marschkolonnen, Verringerung der Frontbreite der Feuerlinie, leichtere Feuerleitung. Aus alledem wird die Schlussfolgerung gezogen: „Die Wirkung von 24 Batterien zu 4 Geschützen (also 96 Geschütze) würde der von 20 Batterien zu 6 Geschützen (also 120 Geschütze) unbedingt überlegen sein.“

Die Erörterung — es ist bereits eine ganze Literatur über diese Frage entstanden — verdiente sich in dem 1898 herausgegebenen letzten von Böll'schen Jahresbericht, der durchaus maßgebend ist für die Meinungen des deutschen Offizierskorps, zu der positiven Forderung:

„Verminderung der Geschützanzahl eines Armeekorps von 120 auf 96 Geschütze.“

So will es uns denn scheinen, daß diese Militärvorlage, insofern sie sich auf die Artillerie bezieht, sehr weiten Militärkreisen selbst überraschend gekommen sein dürfte. Streicht man aber die Artillerieforderungen, so bedeutet das allein 6733 Mann und den größten Theil der einmaligen Ausgaben. Wir werden aber zeigen, daß selbst vom rein militärischen Standpunkt aus noch viel mehr zu streichen, ja die ganze Vorlage nichts sei, als das Produkt einer Militärlaune, die gewöhnt ist, mit beiden Händen aus dem Vollen zu schöpfen und deshalb keine Berechnung kennt und nie genug hat.

Soziales und Partei-Leben.

In der Bäckerei von Steffens in Kiel haben sämtliche dort beschäftigten organisirten Bäcker gekündigt, weil ein Mitglied der Lohnkommission ohne Angabe von Gründen entlassen worden ist. Zuzug von Bäckern nach Kiel ist deshalb fernzuhalten.

Sämtliche Schmiede der Schiffswerft Nebigau bei Dresden sind in Folge Differenzen mit dem Werkmeister in Ausstand getreten.

Unternehmer-Terrorismus. In Rrimmitschau in Sachsen herricht bekanntlich zur Zeit in der dort

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

28. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Der alte Muz zog unwillig die Brauen zusammen und flüsterte dem übermüthigen jungen Manne ernst zu: „Für mal, mein lieber Junge, ich dachte, du hättest Ursache, etwas weniger — hoch zu sein! Sehe dich lieber einen runter. Hast du den Brief von Mama nicht bekommen?“

„Welchen Brief?“

„Ein Brief, welcher jedenfalls sehr ernste, wichtige Mittheilungen enthielt.“

„Ich bin um halb fünf fortgegangen und inzwischen nicht wieder nach Hause gekommen.“

„So? Dann möchte ich Dir rathe, dich hier baldigst zu verabschieden, um noch vor Thoreschluß bei Mama vorzusprechen zu können.“ Damit ließ der alte Muz den Leutnant stehen und wandte sich Adriane zu.

Bodo war einen Augenblick zu Ruthe, als sei er plötzlich ganz nüchtern geworden. Aber er war nicht der Mann, sich bange machen zu lassen. Wenn wieder ein Platzregen im Anzuge war, dann wollte er ohne Regenschirm, wie es einem Soldaten geziemt, mitten hindurchgehen; aber sich jetzt die roßige Laune verderben, sich von dem alten Muz gewissermaßen vor die Thüre setzen zu lassen, während doch einer der originellsten und amüsantesten Abende seines ganzen vergnüglichen Lebens seiner harnte — nein, das wollte er sich nicht selber anthun. Die guten Geister des Weines würden ihm beistehen, die unbehaglichen Unglücksahnungen zu verschrecken und seine gesellschaftlichen Talente so zu steigern, daß er die Leitung dieser Uebung ganz in seine Hand bekäme, bei der Grigori glänzend abschnitt und den grimmtigen Muz sammt seinem Spezi Pflaumenschmeißer schlaggründend ärgerte!

Der Gedanke eines Abschiedsbumfuses auf gemeinschaftliche Kosten wurde lebhaft wieder aufgenommen, und Adriane

stränkte sich nicht lange dagegen, weil sie Rudolf mit solchem Eifer dafür eintreten sah, daß sie annahm, er habe wohl irgend eine bestimmte Absicht dabei. Auch daß er gerade heute, am letzten Abend erst, den Major noch bei ihr einführte, überzeugte sie, daß er etwas Besonderes im Schilde führen müsse, und als Bodo hinausgegangen war, um durch die Hofe seine Bestellung im Restaurant ausführen zu lassen, und der Major mit dem Prinzen im Gespräch war, benutzte sie die Gelegenheit, um Rudolf etwas beiseite zu nehmen und ihm zuzuflüstern: „Ich habe Sie heute mit Sehnsucht erwartet, lieber Freund — warum kamen Sie nicht früher?“

„Der Major besuchte mich,“ gab Rudolf rasch zurück. „Er hat mir alles erzählt, was Sie mir gewiß selbst sagen wollten.“

„Sie wissen alles? Die Entdeckung... Derjenige...? O, wie hat man mich gekränkt! Und Sie, Rudolf, was werden Sie thun?“

„Lassen Sie das, wir sprechen später noch darüber.“

„Was will Ihr Major heute bei mir?“

Rudolf zögerte einen Augenblick: „Er will... er ist mein einziger Freund hier... beinahe Pflegevater — haha... er meinte, es wäre doch Zeit, Sie nun kennen zu lernen.“ Der christliche Amerikaner erröthete, denn er war sich bewußt, Andeutungen gemacht zu haben, deren Inhalt ihm im Herzen fremd war.

Adriane sah mit leuchtenden Blicken zu ihm auf: „Wir müssen heute noch allein sein.“

Wie ein Feuerwerk von hellen Funkenregen und bunten Leuchtkegeln flammten die glücklichsten Hoffnungen vor dem Auge ihrer Seele auf, und in plötzlich heiterster Stimmung mischte sie sich nun in die allgemeine Unterhaltung.

Man war bald sehr lustig und sehr lebhaft, selbst der Major, den die Begegnung mit Bodo einigermaßen erboft hatte, gab sich wieder zufrieden und spielte nicht ohne Geschick den galanten Cavalier der alten Schule.

Die schwierigen Aufräumungsarbeiten bereiteten den

Herren ein großes Vergnügen. Die nöthigen Sitzpläge wurden frei gemacht, der Tisch abgeräumt und von der Zimmervermieterin Tischwäsche und Geschirr entlehnt. Nach einer guten halben Stunde kamen die bestellten Speisen aus dem Restaurant an; zwei Eistübel mit Seifflaschen wurden dem Jubel begrüßt. Man setzte sich zu Tische. Der Prinz hielt die Rechnung in der Hand und las daraus das Menu ab: „Oderkebs, Hamburger Hühner, Trüffel in der Serviette, Roastbeef mit Salat und Kompot, Eis.“

„Ein sublimes Menu, nicht wahr, meine Gnädigste?“ rief Bodo, „Darin ist nun Fñhbringen einzig. Aber ich wette, daß uns Herr von Eckardt noch eine Ueberraschung zum Dessert aufgespart hat, türkische Pflaumen zum Beispiel. Sie haben gewiß Geschäftsverbindungen mit der Türkei, Herr von Eckardt, Ihre Backpflaumen sollen ja von gerabezu zauberhafter Schönheit sein. Man sagt Ihnen nach, daß Sie sich den Weg zu den Herzen der Damen mit Pflaumen zu pflastern pflegen.“

Der Major warf Bodo einen sehr wenig aufmunternden Blick zu und räusperte sich warnend.

Bodo ließ sich dadurch aber nicht im geringsten stören, sondern wandte sich sofort wieder an den ruhig seine Krebschwänze abknidenden Rudolf und rief ihm über den Tisch zu: „Sagen Sie, ist das wahr, Herr von Eckardt? Sie sollen neulich einer jungen Dame ins Stammbuch geschrieben haben:“

„Die Rose riecht, allein sie sticht — Wandle auf Pflaumen und Vergißmeinnicht!“

Der korrekte Prinz Fñhbringen lachte anständig aber ausgiebig über diesen großartigen Witz und selbst Adriane und der Major konnten sich eines Lächelns nicht erwehren, obwohl sie das offenbare Bestreben des Leutnants, Eckardt zu reizen, gar sehr verstimmte.

Rudolf aber ließ sich kaum in der sorgsamem Zurichtung seiner Krebs hören und versetzte sehr ruhig: „Die Pflaumen heißen auf englisch „plum!“

